Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 18 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 331. Sonntag den 27. November 1887. 81. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten
Mittwoch, den 30. November 1887, Abends 6½ Uhr, im Saale der vormaligen Handelsbörse, am Naschmarkte.

Tagesordnung:

I. Bericht der Schlachthofscommission über die Creirung und Dotirung der obersten Directorstelle und der Stelle des Schlachthofinspectors am Central-Schlacht- und Viehhofe.
II. Bericht des Stiftungsausschusses über Fortsetzung des Abkommens mit dem königlichen Ministerium des Cultus und öffentlichen Unterrichts bez. des Verpflegbeitrages für die im hiesigen Krankenhause zu St. Jacob vorhandenen 40 klinischen Stellen.
III. Bericht des Finanzausschusses über: Conto 45 „Stadtanleihen", Conto 46 „Directe Abgaben", Conto „Bezirksvermögen", Conto „Schuldaufsfonds", Conto „Reservefonds für die Mansfelder Kuxe der Stadtgemeinde", sowie Specialbudget „Leihhaus und Sparcasse" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 1, 2, 14 des Haushaltplanes der Stadt Leipzig auf das Jahr 1888.
IV. Bericht des Bau- und Bauausschusses über Conto 11 „Feuerlöschwesen" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 3 und 5 des diesjährigen Haushaltplanes für die Stadt Leipzig.
V. Bericht des Schulausschusses über Specialbudget „Thomasgymnasium" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 42, 43, 65, Specialbudget „Nicolaigymnasium" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 37, Specialbudget „Realgymnasium" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 38, Specialbudget „Realschule" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 2 und 41, Specialbudget „höhere Schule für Mädchen" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 4, 17 und 47 und Specialbudget „Gewerbeschule" mit Ausnahme der Ausgaben Pos. 25 des diesjährigen Haushaltplanes.

Bekanntmachung,
die Ueberschüsse und Rechnungsabschlüsse der Krankencassen betr.

Die Vorstände der Betriebs- (Fabrik-) Krankencassen, sowie der eingeschriebenen und der auf Grund landesrechtlicher Vorschriften bestehenden, dem §. 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügenden Hilfscassen, welche in hiesiger Stadt ihren Sitz haben, werden darauf aufmerksam gemacht, daß zufolge Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 7. Juli d. J. an Stelle der bisherigen Formulare für die jährlich einzureichenden Uebersichten und Rechnungsabschlüsse vom 1. Januar 1889 an abgeänderte Formulare vorgeschrieben worden sind.

Diese Bekanntmachung, welcher die abgeänderten Formulare beigefügt sind, sowie eine vom Königlichen Ministerium des Innern erlassene Erläuterungsverordnung liegen im Krankenversicherungsamte Weststraße Nr. 30 aus und können daselbst Wochentags von 8—12 und 2—6 Uhr eingesehen werden.

Hierbei nimmt man Gelegenheit, daran zu erinnern, daß die Uebersichten und Rechnungsabschlüsse für das Jahr **1887** spätestens bis zum **15. März 1888** bei der unterzeichneten Aufsichtsbehörde einzureichen sind.

Leipzig, am 11. November 1887.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Krankenversicherungsamt.)

Vld. 3276. Dr. Schmid. Herzog.

Bekanntmachung,
die Aufnahme schulpflichtiger Kinder in die Wendler'sche Freischule betreffend.

Diejenigen Eltern und Vormünder, welche für Ostern 1888 um Aufnahme ihrer Kinder und Pflegebefohlenen in die Wendler'sche Freischule nachzusuchen gesonnen sind, haben sich entweder **Donnerstag, den 24. d. M., 2 Uhr,** oder **Montag, den 28. d. M., 2 Uhr** in der Freischule, **Zöllnerstraße 5,** persönlich mit den Kindern einzufinden und zugleich Tauf- und Impfscheine des Kindes vorzulegen. In die unterste Classe der Schule können nur Kinder Aufnahme finden, welche Ostern 1888 schulpflichtig werden. Kinder, welche schon Schulunterricht genossen haben, können nur, soweit Raum noch vorhanden ist, in eine obere Classe der Schule aufgenommen werden.

Leipzig, 19. November 1887.

Das Directorium der Wendler'schen Stiftung.

Bekanntmachung.
Neubau des Reichsgerichts-Gebäudes zu Leipzig.

Die Lieferung von
5620 cbm Steinschlag,
1,000,000 Stück Hartbrandsteinen,
2,782,000 „ Hintermauerungssteinen,
2974 cbm Kiessand,
2837 „ Mauersand,
1252 „ hydraulischem Kalk,
1,502,400 kgr Cement

soll im Wege der öffentlichen Ausschreibung vergeben werden.

Versiegelte und vorschriftsmäßig bezeichnete Angebote und Proben sind bis

Freitag, den 9. December d. Js., Vormittags 10 Uhr,

im Amtszimmer der Reichsgerichts-Bauverwaltung, Albertstraße 54, abzugeben. Die Lieferungsbedingungen sind daselbst werktäglich in den Vormittagsstunden einzusehen, auch können dieselben gegen portofreie Einsendung von 1 ℳ von dort bezogen werden.

Leipzig, den 24. November 1887.

Die Reichsgerichts-Bauverwaltung.
Schreuberg.

Nichtamtlicher Theil.

Die Krisis in Frankreich.

Grevy ist zwar entschlossen, zurückzutreten und diesen Entschluß durch eine Botschaft kund zu thun, aber sein Rücktritt soll erst erfolgen, nachdem Grevy die Republik gegen Abenteuer möglichst sicher gestellt habe. Von anderer Seite wird gemeldet, daß die Verlesung der Botschaft am Montag erfolgen und der Congreß zum Dienstag einberufen werden würde. Der Termin für den Rücktritt Grevy's mag noch unbestimmt sein, vorläufig ist wenigstens nicht mehr zu bezweifeln, daß er bald erfolgen wird, und ferner ist auch das Hinderniß beseitigt, welches die Bildung eines Uebergangsministeriums schaffen würde; das Ministerium Rouvier wird den Uebergang selbst leiten und die letzten Regierungshandlungen Grevy's der französischen Volksvertretung übermitteln. In dieser Beziehung ist also Klarheit vorhanden, um so unsicherer ist aber, auf wen die Mehrheit das Amt des Präsidenten übertragen wird. Von den bisher genannten Candidaten ist kaum noch die Rede, man hört fast nur noch den General Saussier, den Gouverneur von Paris, als Nachfolger Grevy's bezeichnen.

Der Streit der Parteien wird auch bei der Präsidentenwahl wieder zwischen den Opportunisten und der radicalen Linken ausgefochten werden. Jene wollen den General Saussier auf den Schild heben, während diese gegen jede militairische Candidatur ist. Die Rechte beobachtet Schweigen und behält sich vollständig freie Hand vor. Das „Journal des Débats" warnt davor, den Präsidenten dem Wunsche der Intransigenten gemäß zu wählen. Endlich wird noch gemeldet, daß Prinz Napoleon sich für den General Saussier erklärt habe und daß zwischen dem Grafen von Paris und seinen Anhängern in der Kammer ein lebhafter Depeschenwechsel stattfinde. Aus diesen Anzeichen ergiebt sich, daß sich die Präsidentenwahl kaum glatt vollziehen wird und daß beim ersten Wahlgange kaum einer der zur Wahl gestellten Candidaten die Mehrheit erlangen wird. Das gerade scheinen die Anhänger der Monarchie zu wünschen, um ihre Maßregeln danach treffen zu können. Den Wünschen der Royalisten und Imperialisten ist durch das Gesetz vom 14. August 1884 eine Schranke gezogen, nach welchem Mitglieder der Familien, die einst über Frankreich geherrscht haben, nicht wahlfähig sind. Es kann sich also für die Monarchisten nur um die Begünstigung einer Persönlichkeit handeln, welche geeignet erscheint, aus der republikanischen Staatsform in die monarchische hinüberzuleiten. Die Erfüllung dieses Wunsches wird voraussichtlich mit Schwierigkeiten verknüpft sein.

Daß sich bei der bevorstehenden Präsidentenwahl alle Kräfte regen werden, welche einen Anspruch auf die Herrschaft in Frankreich zu haben glauben, ist selbstverständlich. Bonapartisten und Orleanisten sind zwar solidarisch der Republik gegenüber, aber wenn die Republik mit Tode abgeht, dann sind sie unversöhnliche Gegner. Ein neues Moment hat in diese Nebenbuhlerschaft die Ankündigung des Grafen von Paris gebracht, daß er das Plebiscit annehme. Das war bisher das unbestrittene Eigenthum der Bonapartisten, damit hofften sie sich die Brücke zur Wiederaufrichtung des Kaiserthums gebaut zu haben. Jetzt ist der Graf von Paris als Wettbewerber um die Volksgunst aufgetreten und hat dadurch die Bonapartisten in die höchste Aufregung versetzt. Wenn diese einen respectablen Vertreter aufzuweisen hätten, würde ihnen die Mitbewerbung des Grafen von Paris um die Volksgunst sehr gleichgiltig sein, da es aber an einem solchen fehlt, so sind die Aussichten der Bonapartisten sehr verdüstert. Es kommt hinzu, daß die Orleanisten über bedeutende Geldmittel verfügen und daß im Gegentheil die Bonapartisten sich in sehr bescheidener Lage befinden; durch dieses Verhältniß sind die Orleanisten so begünstigt, daß sie aus der Kühnigkeit der bonapartistischen Abgeordneten für ihre Sache Nutzen ziehen können. Was Cuneo d'Ornano und Jolibois im Bunde mit Cassagnac gethan haben, um den Sturz Grevy's herbeizuführen, wird kaum jemals dem alten Prinzen Napoleon oder seinem Sohn auf den französischen Thron verhelfen, aber es kann zur Grundlage werden, auf welcher der Graf von Paris das Vorrecht seiner Ahnen zur Geltung bringt.

Dieser Streit der Prätendenten hat für uns so lange nur die Bedeutung einer Curiosität, als er sich in den Grenzen des Versuchs bewegt; wenn er zur That wird und wirkliche greifbare Folgen hat, dann werden sich daraus auch Wirkungen ergeben, mit denen wir zu rechnen haben. Die Fälschung der Bismarck'schen Depeschen oder die Unterschiebung anderer Depeschen an Stelle der seinigen, wie sie die Enthüllungen der „Kölnischen Zeitung" zum Gegenstande haben, ist den Bestrebungen der Orleanisten, falls sie aus der gegenwärtigen Verwirrung in Frankreich Nutzen ziehen sollten, gewiß nicht förderlich für ihre Zwecke. Nachdem Kaiser Alexander Gewißheit erlangt hat, daß er von dieser Seite getäuscht worden ist, wird er kaum Lust verspüren, sich mit dieser Gesellschaft auch ferner einzulassen. Wenn er dem Fürsten Alexander von Bulgarien gegenüber mit Starrheit und einer gewissen Grausamkeit gehandelt hat, so findet diese Handlungsweise ihre Erklärung in der Entrüstung über die Erfolglosigkeit der russischen Politik auf der Balkanhalbinsel; ob diese Entrüstung aber so weit geht, um eine handgreifliche Täuschung, um nicht zu sagen einen ganz gewöhnlichen Betrug als Factor für die Verfolgung seiner politischen Zwecke zu benutzen, bleibt immerhin abzuwarten.

Das Interesse, mit welchem wir Deutsche die Präsidentenkrisis in Frankreich verfolgen, wird natürlich in erster Linie durch die Wirkung bestimmt, welche sie auf den europäischen Frieden haben kann, und die Thronrede bei Eröffnung des Reichstags hat die Franzosen darüber belehrt, daß Deutschland für alle Fälle gerüstet ist. Hoffentlich sind die Befürchtungen, welche in dieser Beziehung obwalten, unbegründet, und die Präsidentenwahl in Paris vollzieht sich in einer Weise, welche dem Frieden keine Gefahren bringt; aber es läßt sich nicht verkennen, daß eine gewisse Absichtlichkeit, an Stelle des vorsichtigen, dem Frieden zugethanen Präsidenten Grevy einen Präsidenten auf den Schild zu heben, welcher größere Entschlossenheit besitzt, aus dem ganzen Verlauf der Krisis zu entnehmen ist. Die Franzosen haben bei den Vorbereitungen zum Rachekriege gegen Deutschland stets große Zurückhaltung bewiesen, und das Beispiel, welches Gambetta in dieser Beziehung gegeben, hat Verständniß und Nachahmung gefunden. Leute wie Deroulede haben nicht überall in Frankreich die beifällige Zustimmung erregt, auf welche sie rechneten, weil ihr Vorgehen der Discretion mangelt, welche die unerläßliche Grundlage für eine wirksame Kriegsvorbereitung bildet.

Unter dem Ministerium Goblet stand die Entscheidung über Krieg und Frieden, um einen Ausdruck der „Post" zu wählen, auf des Messers Schneide, und man braucht wahrlich nicht den Vorwurf der Schwarzseherei zu scheuen, wenn man der Ansicht zuneigt, daß bei der heutigen Präsidentschaftskrisis der Löwenantheil an der Gestaltung der Lage der Kriegspartei zufällt. Im Puncte der Nothwendigkeit, Elsaß-Lothringen wiederzuholen, stimmen alle Parteien in Frankreich überein, aber darüber gehen die Ansichten auseinander, auf welchem Wege das Bündniß mit Rußland, was zu diesem Zwecke unerläßlich erscheint, erworben werden kann. Die Orleans haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die Gewogenheit Rußlands für die französischen Rachebestrebungen um jeden Preis zu gewinnen suchen, aber der Beweis dafür ist noch nicht erbracht, daß sie nach Erreichung ihres Zweckes auch die Schlußfolgerungen aus dem Bündniß mit Rußland zu ziehen entschlossen sind. Die republikanische Staatsform bildet in Frankreich kein Hinderniß für den Krieg gegen Deutschland, ob die monarchische noch größere Gefahren für den Frieden bringt, bleibt noch zu erweisen.

Leipzig, 27. November 1887.

* Die Kaiserin Augusta hat ihre Rückkehr nach Berlin auf den 29. November vorläufig festgesetzt. Gleichzeitig werden der Großherzog und die Großherzogin von Baden in Berlin eintreffen.

* Das Deutschthum in Oesterreich hat wieder eine Einbuße am nationalen Besitzstande zu beklagen: die deutsche Sprachinsel Gottschee in Krain, welche bisher stets deutsche Landtagsabgeordnete wählte, hat am 23. November zum ersten Male mit 94 gegen 81 Stimmen einen Slowenen, den slowenischen Bezirksrichter Visničar zum Abgeordneten gewählt — Dank der deutschfeindlichen Beamtenschaft des Grafen Taaffe. Was wollen solchen Thatsachen gegenüber die Beschwichtigungen? Die Russenschwärmerei der Slowenen hat nachgerade doch den Hof verschnupft und schnell läßt der Landespräsident Winkler durch die amtliche „Laibacher Zeitung" erklären, daß „nur drei Politiker" im Kramer Lande für die russische Richtung schwärmen. Inzwischen aber sorgt er mittelst seiner Beamten dafür, daß die panslavische Fluth die letzte Burg des Deutschthums in Krain untergräbt und wegspült.

* Es ist begreiflich, daß man jetzt nach dem wuchtigen Schlage, der soeben gegen die Kriegspartei geführt worden ist, welche Rußland verhetzt hat, scharfe Ausschau hält nach allen Anzeichen einer Umkehr der russischen Politik. Ein vereinzeltes, aber freilich nicht bestreitbares Anzeichen liegt denn auch schon jetzt, wie bereits kurz erwähnt, vor. Die „Moskauer Zeitung" lenkt ihre panslawistischen Rosse rückwärts, tritt für ein deutsch-russisches Einvernehmen ein und möchte Deutschland verleiten, den zuverlässigen Dreibund mit der unsichern russischen Freundschaft zu vertauschen. Die Erben Katkows schreiben: „Die ganze sogenannte bulgarische Frage wird sofort verschwinden, sobald nur zwischen den Regierungen von Rußland und Deutschland eine Einheitlichkeit platzgreift bezüglich der Anschauung von dem allein richtigen Wege, auf dem diese Frage in gesetzlicher Weise endgiltig und glücklich gelöst werden kann. Ein gutes und aufrichtiges Einvernehmen zwischen den beiden Kaiserreichen, das auf gegenseitiger Achtung beruht und nicht im Geringsten einer Antastung der Selbstständigkeit des einen und andern Staates Vorschub leistet — es wird eine bessere Bürgschaft des europäischen Friedens bieten, als alle Tripel- und gar Quadrupel-Allianzen." Dagegen verspürt man in der Petersburger Presse noch keine Aenderung der Windrichtung; nach wie vor geht hier die Legende von dem hinterlistigen Fürsten Bismarck und von dem deutschen Dualismus um, und die russischen Blätter gestehen offen, sie würden sich in ihrem Glauben an diese Legende durch nichts beirren lassen; erweise sich Fürst Bismarck höflich, so sei das Verstellung, erweise er sich verdrossen, so sei das ein Beweis für die Theorie von dem Gegensatz zwischen dem deutschen Reichskanzler und dem deutschen Kaiser. „Noch nie", so ruft die „Nov. Wremja" aus, „noch nie ist in unserer Gesellschaft so allgemein die Neigung zu Tage getreten, eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den Anschauungen des deutschen Kaisers und seines ersten Ministers zu bestreiten. Der Kanzler hat sein Spiel ganz aufgedeckt seit der Zeit, wo Prinz Ferdinand in Bulgarien auftrat."

* Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hatte sich mit einem Vorschlag der „Moskauer Zeitung", der sich gegen Erleichterung der Naturalisation und für Extra-Besteuerung der Ausländer aussprach, vollständig einverstanden erklärt. Darauf schreibt jetzt der „Petersburger Herold":

Das glauben wir! Deutschland kann nur mit großem Vergnügen sehen, wenn den Ausländern, einerlei welcher Nationalität, der Aufenthalt in Rußland so erschwert und verbittert wie nur möglich wird, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil durch derlei zur Rückwanderung zwingende Maßregeln die russische Industrie, die größtentheils durch ausländische Initiative, durch ausländische Thatkraft, durch ausländische Fabrikarbeiter, Chemiker, Werkführer, Meister, Handwerker u. s. w., kurz und gut mit dem rastlosen Fleiß, der unermüdlichen Ausdauer, der gediegenen Intelligenz, dem geistigen, mechanischen und kaufmännischen Wissen, den erfahrenen Specialkenntnissen, der sprichwörtlichen Wirthschaft der nach Rußland gekommenen Ausländer zur jetzigen hohen Blüthe sich entwickelte, welche jeder Concurrenz des gesammten Auslandes schon die Spitze bietet, baldigst brach gelegt wird. Ohne gesonnte Ausländer wird die heute im Aufblühen begriffene russische Industrie unaufhaltsam verkümmern, darüber täusche man sich nicht. Und das weiß man in Deutschland, England, Belgien ganz genau! Nur in Rußland scheint man, verblendet durch Eitelkeit, das nicht zu wissen, und daher die bewunderungswürdigen Vorschläge der „Moskowskija Wedomosti"!

* In Bulgarien hat letzter Zeit wieder der Metropolit Clement viel von sich reden machen. Obgleich entschiedener Russenfreund, hat er doch sich der gegenwärtigen Regierung zu nähern gesucht, um mit ihrer Hilfe seinen ehrgeizigen Wunsch, das oberste Haupt der bulgarischen Kirche zu werden, erreichen zu können. Im Verfolg dieser Absicht hat er sich auch hartnäckig in Sofia aufgehalten, obgleich sein Sitz in Tirnowa ist, und der Aufforderung der Regierung, sich auf den letzteren zurückzuziehen, den Gehorsam verweigert. Nach einer telegraphischen Meldung aus Sofia hat jetzt der Exarch von Bulgarien dem Metropoliten Clement befohlen, von seinem Amte zurückzutreten, und den Bischof Cyrillus mit Wahrnehmung der Amtshandlungen in der Diöcese Sofia beauftragt.

* Dem italienischen Justizminister ist in der Deputirtenkammer eine Interpellation darüber zugegangen, welche Maßregeln er gegen die Agitation des Klerus zu ergreifen gedenke, welcher im ganzen Lande Unterschriften für Petitionen um die Rückgabe Roms an den Papst sammelt.

* In Oxford tagte kürzlich der Congreß des nationalen Verbandes der britischen conservativen Vereine, zu welchem auch Lord Salisbury erschienen war, der Nachmittags in der Kornbörse nicht weniger als 500 Adressen von conservativen Vereinen und Clubs aus allen Theilen des Königreiches entgegennahm. Abends hielt der Premier an eine große Volksversammlung eine Ansprache, die sich ausschließlich mit Fragen der inneren Politik befaßte. Die Frage, ob Homerule in Irland eingeführt werden solle oder nicht, könne er nicht erörtern, weil die Opposition ihren Plan zurückgezogen und noch keinen neuen ersetzt habe. So lange kein neuer Plan vorliege, halte die Union und die Union allein das Feld. Gladstone habe allerdings in etwas vager Sprache erklärt, daß im Parlament nichts gethan werden solle, bis die Homerule-Frage gelöst worden sei. Die Regierung sei jedoch entschlossen, daß etwas gethan werden solle. Der gesetzgebende Apparat dürfe durch jene phantastischen Thorheiten nicht außer Betrieb gesetzt werden. Vor Allem sei eine drastische Verschärfung der diesbezügigen Geschäftsordnung des Hauses der Gemeinen erforderlich, um die Verschleppungstaktik der irischen Abgeordneten und den langen, Geist und Körper aufreibenden Debatten ein Ziel zu setzen. Sodann sei eine durchgreifende Reform der Localverwaltung in allen legalen Theilen des Königreichs in Aussicht genommen. Die Ausdehnung vergrößerter Localverwaltungsgewalten auf Irland wären indeß vorläufig nicht beabsichtigt. Der darniederliegenden Landwirthschaft würden fiscalische Erleichterungen geboten werden. Im weiteren Verlaufe seiner Rede äußerte sich Lord Salisbury sehr mißbilligend über den jüngsten Vorschlag Gladstone's, Schottland und Wales zur Entstaatlichung ihrer Kirche zu verhelfen, wenn sie seine irische Politik unterstützen wollten. Die jüngsten Krawalle auf Trafalgar Square betrachte er lediglich als die Folge von Gladstone's Reden in Nottingham; die Regierung werde jedoch nichts unversucht lassen, um Gesetz und Ordnung in England wie in Irland aufrechtzuhalten.

* Die englische Polizei läßt es sich jetzt ganz besonders angelegen sein, dem Herüber und Hinüber der Fenier und Dynamitarden in England, Irland und Amerika auf die Spur zu kommen. In Liverpool, so schreibt hierzu die Londoner „Allgemeine Correspondenz", ist in den letzten Wochen eine ganze Anzahl von Personen unter falschen Namen von Amerika eingetroffen, in deren Gepäck Sprengstoffe vorgefunden wurden. Die gewöhnliche Entschuldigung der Leute bestand darin, daß sie Bergleute wären, welche die Sprengstoffe in Amerika zu Felssprengungen benutzt hätten und sich nicht bewußt wären, daß sie gegen die Gesetze verstießen, wenn sie solche bei sich führten. Die Polizeibehörden sind jedoch der Ansicht, daß hier nur eine List des Clan-na-Gaels vorliegt, um Sprengstoffe nach England einzuführen. Die irischen Verschwörer Callan und Harkins landeten in Glasgow. Sie hatten erst Billets nach Liverpool genommen, fürchteten jedoch, daß die Polizei über ihre Reise unterrichtet wäre. Die Detectives erhielten Wind von der Aenderung des Reiseplanes und verhafteten beide in Glasgow kurz nach ihrer Ankunft. Zwei andere Fenier landeten in Liverpool, wo sie 42 Lambeth Road eine Wohnung nahmen. Die Polizei drang in das Haus, die beiden hatten sich aber schon entfernt, weil sie wußten, daß sie beobachtet würden. Wahrscheinlich sind sie über Cardiff nach Frankreich und von da nach New-York gereist. Auch mehrere andere Personen haben sich nach der Verhaftung Callans und Harkins plötzlich aus dem Staube gemacht. Möglicherweise führt die Ergreifung dieser Beiden zu außerordentlichen Enthüllungen über Mitglieder des Clan-na-Gaels, welche sich nicht nur in London und Liverpool, sondern in allen bedeutenden Städten des Vereinigten Königreichs aufhalten.

Aus dem Reichstage.

* Dem Torpedowesen wird nach wie vor von unserer Marineverwaltung die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es sind denn auch in den Etat pro 1888/89 für Torpedo- und Minenwesen an Mehrforderungen in den dauernden Ausgaben gegen das laufende Etatsjahr eingestellt im Ganzen 297,886 ℳ, davon entfallen allein 273,000 ℳ auf den Betrieb des Torpedo- und Minendepots und die Unterhaltung und Aptirung des Torpedo- und Minenmaterials, dessen den neuesten Erfahrungen entsprechende Herrichtung durch die immerwährenden Fortschritte auf dem Gebiete der Torpedotechnik nothwendig gemacht wird. Für die Creirung neuer Stellen von Torpedo-Capitainlieutenants, Lieutenants, Ingenieuren 2c. sind 23,886 ℳ ausgeworfen. Dazu kommen noch die Mehrausgaben, welche für die Verbesserung der Ausbildung der Mannschaften in den Torpedo-Abtheilungen angesetzt sind. Die in den letzten Jahren in größerem Umfange vorgenommenen Uebungen mit der Torpedowaffe haben nämlich gelehrt, daß nur ein sehr lange und sorgfältig ausgebildetes Personal die Sicherheit von Erfolgen im Gebrauch dieser Waffe giebt. Es sind deshalb durch Abgabe von Mannschaften der Matrosen- und Werftdivisionen zwei Torpedo-Abtheilungen gebildet worden, welche das Torpedopersonal zur Bedienung der Torpedoboote wie der Torpedos ausbilden und für den Kriegsfall bereit halten sollen. An diese neuen Marinetheile haben viel Unterofficiere abgegeben werden müssen, so daß sich der Unterofficiermangel bei den Matrosen-Divisionen, der früher bereits vorhanden war, jetzt noch fühlbarer macht. Dadurch ist die Forderung von 18 neuen Unterofficiersstellen im Etat nothwendig geworden. — Außerdem sind unter den einmaligen Ausgaben die verschiedensten Positionen für das Torpedowesen ausgeworfen. So werden u. A. verlangt: 1,000,000 ℳ zum Bau von Torpedo-Divisionsbooten, 291,500 ℳ (1. Rate) zur Beschaffung von Torpedoschutzvorrichtungen, 402,000 ℳ zur Ausrüstung und Armirung von Kriegsschiffen zum Gebrauch von Torpedos, 270,000 ℳ zur Herstellung unterseeischer Torpedo-Batterien an der Küste der Nordsee, 1,250,836 ℳ zur Anlage von Torpedo-Etablissements und zu Torpedo-Einrichtungen auf den Werften zu Kiel, Wilhelmshaven und Danzig.

* In Folge der Nothwendigkeit einer Vermehrung des Militairpersonals bei unserer Marine ist im Etat pro 1888/89 eine Mehrforderung gegen das Vorjahr von 362,788 ℳ in Ansatz gebracht.

* Für Neubauten größerer Schiffe werden im Etat der Marineverwaltung pro 1888/89 an ersten Raten verlangt: 900,000 ℳ zum Bau der Kreuzercorvette H, 1,000,000 ℳ zum Bau des Kreuzers G und 500,000 ℳ zum Bau des Aviso F.

* Vom 1. April 1888 ab wird die Studienzeit in den militairärztlichen Bildungsanstalten um ein Halbjahr verlängert. Infolge dessen muß in den militairärztlichen Bildungsanstalten eine 9. Studiensection eingerichtet werden und zwar unter Erhöhung des bisherigen Etats der Studirenden um den 8. Theil, weil andernfalls der bisher schon unzureichende Ersatz der Sanitätsofficiere der Armee und Marine noch unzureichender werden würde, da sich das